

Peter Romijn

„Um Schlimmeres zu verhindern...“ Die niederländische Verwaltung unter deutscher Besatzung 1940–1945*

Im Alltag regt die Arbeit von Beamten und Verwaltungsleuten kaum die Phantasie des großen Publikums an. Staatsdiener haben normalerweise nicht so leicht das Image von Helden und auch nicht das von durchtriebenen Schurken. Im positiven Sinn gelten sie bestenfalls als kompetent und pflichtbewusst, im negativen als Besserwisser und Handaufhalter.¹ Ausreißer bei dieser Imagebildung gibt es höchstens unter außerordentlichen Umständen. Im Katastrophenfall fordert die Gesellschaft von Beamten und Verwaltungsleuten Mut, Inspiration und Trost. Ist etwas ganz besonders schief gegangen, dann beweist dies anscheinend, dass die Autoritäten versagt haben. Dies zeigte sich in jüngerer Vergangenheit in den Niederlanden bei der Feuerwerkskatastrophe in Enschede (2000), dem Cafébrand in Volendam (2002) und dem Mord an dem Filmmacher Theo van Gogh in Amsterdam (2004). Solche schockierenden Ereignisse erschienen in der öffentlichen Debatte wie eine Kraftprobe für die verantwortlichen Verwaltungsbeamten und führten daher zu einer tiefen Kontroverse über ihr Verhalten.

Bevor van Gogh ermordet wurde, hatte er selbst noch, in der Hitze der niederländischen Debatte über die Integration von Zuwanderern, den Amsterdamer Bürgermeister Job Cohen auf gehässige Weise mit einem „Bürgermeister zu Kriegszeiten“ verglichen.² Er warf Cohen vor, sich gegenüber der islamischen Bevölkerungsgruppe in der Hauptstadt viel zu entgegenkommend zu verhalten. Auf ganz andere Weise verwendete der ehemalige liberale Vizepremier Gerrit Zalm diesen Ausdruck während der letzten Regierungskrise in Den Haag. Eigentlich wollte er mit seinen Parteigenossen das zurückgetretene Kabinett Balkenende wegen eines Konflikts mit dem neugewählten Parlament über die Asylpolitik verlassen. Die liberalen Minister beschlossen, so Zalm, gegen ihre Überzeugung im Amt zu bleiben, „um

* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A. und Mechthild Ragg, M.A.

1 W. DERKSEN/A.F.A. KORSTEN (Hrsg.), *Lokaal bestuur in Nederland*, Alphen aan den Rijn 1989.

2 TH. VAN GOGH, *Burgemeester in oorlogstijd, want Allah weet het beter*, in: *Metro*, 17. Oktober 2003.

Schlimmeres zu verhindern.“³ Zalm und seine Mitstreiter dachten, ihr Verbleiben im Kabinett könne eine einschneidende Erleichterung der Pardonregelung für Asylsuchende verhindern.

Was meint eigentlich jemand, der sagt, er fühle sich „wie ein Bürgermeister zu Kriegszeiten?“ Offensichtlich ist die Bedeutung dieser Metapher für verschiedene Interpretationen offen. Fest steht, dass sich dieser Ausdruck seit der deutschen Besetzung in der niederländischen Sprache eingebürgert hat. Wer ihn verwendet, will seiner Argumentation eine wie auch immer geartete tiefere Bedeutung mitgeben. Verwaltungsbeamte und Politiker sagen „ich fühle mich wie ein Bürgermeister zu Kriegszeiten“, um zu unterstreichen, dass sie sich in einer Zwangslage befinden. Sie fühlen sich unwohl bei dem Gedanken, dass es zuweilen unmöglich ist, schwierigen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen und sich die Hände nicht schmutzig zu machen. Sie wollen sich mit Hilfe dieser Redewendung für ihre Entscheidung für das kleinere Übel entschuldigen. „Schlimmeres verhindern“, „retten, was noch zu retten ist“, „sich die Hände schmutzig machen“ für ein höheres Ziel – dies sind die Redewendungen, die eng mit der kollektiven Erinnerung an die „Bürgermeister in Kriegszeiten“ verbunden sind, und der Grad der Wertschätzung hierfür schwankt je nach Zeit, Ort und Person. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche historischen Erfahrungen diesem Phänomen zugrunde liegen und inwiefern die problematische Vergangenheit seitdem benutzt wurde, um politische Entscheidungen zu rechtfertigen beziehungsweise zur Diskussion zu stellen.

Der historische Hintergrund und die lokale Verwaltung

In dem Buch *Burgemeesters in Oorlogstijd*, das im Mai 2006 erschienen ist, wird der Versuch unternommen, den historischen Ursprung eines in den Niederlanden seit 1945 sprichwörtlich gewordenen Ausdrucks aufzuspüren.⁴ Dieses Buch ist Teil eines langfristigen Forschungsprojekts am Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie (NIOD), in dem die Geschichte der öffentlichen Verwaltung in Zeiten des Krieges untersucht werden soll. In ihm wird beschrieben, wie die Gemeindeverwaltungen in den besetzten Niederlanden im Rahmen der deutschen Besatzungsverwaltung funktioniert haben. Die Untersuchung war in erster Linie auf die lokale Verwaltung ausgerichtet, die Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten steht. Natürlich wird auch der zentralen Bürokratie Aufmerksamkeit geschenkt, besonders den Provinzverwaltungen und dem niederländischen Innenministerium, das versuchte, die lokale Verwaltung zu koordinieren. Dennoch ist die Forschungsarbeit nicht von oben nach unten aufgebaut, sondern es war die Absicht, in erster Linie zu untersuchen, was im Alltag und auf lokaler Ebene geschah.

Es ist wichtig zu wissen, dass es in den Niederlanden 1940 gut 1.000 Städte und Gemeinden gab, die alle jeweils von einem Bürgermeister – in Zusammenarbeit mit den Beigeordneten und dem Stadt- bzw. Gemeinderat –

³ Vgl. *Zalm belooft terughoudendheid in kritiek*, in: *De Telegraaf*, 14. Dezember 2006.

⁴ P. ROMIJN, *Burgemeesters in Oorlogstijd*, Amsterdam 2006.

verwaltet wurden. Die Bürgermeister waren in der Gemeindeverwaltung die prominentesten Persönlichkeiten.⁵ Sie wurden – und so ist es auch heute noch! – nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern unter ministerieller Verantwortung von der Krone ernannt. Daher hatten sie eine zweigeteilte Funktion. Primär waren sie die Vertreter der Zentralgewalt. Gleichzeitig waren sie als Vorsitzende des Gemeinderates und des geschäftsführenden Ausschusses des Bürgermeisters und der Beigeordneten die Personifizierung der Autonomie der lokalen Verwaltung in ihrem eigenen Kreis. In dieser Hinsicht ähnelte das niederländische Gemeinderecht recht stark dem preußischen Äquivalent von vor 1933.⁶

Als die deutschen Truppen im Mai 1940 in die Niederlande einfielen, beschlossen die Bürgermeister und andere Beamte, im Amt zu bleiben. Dies entsprach einer Richtlinie der niederländischen Regierung aus dem Jahr 1937 für den Fall, dass die Niederlande durch eine fremde Macht besetzt werden würden.⁷ Der Tenor der dort aufgeführten Maßnahmen war, dass die Beamten im Interesse der Bevölkerung im Amt bleiben sollten, so lange dies überwiegend im Interesse der eigenen Bürger liege. Als die Richtlinien 1937 aufgestellt wurden, nahm die Regierung an, dass ein Besatzer sich an Buchstaben und Geist des Völkerrechts halten würde. Auch als sich im Laufe des Jahres 1940 herausstellte, dass dies nicht der Fall war, glaubten die meisten Beamten und Bürgermeister, es sei vorrangig wichtig, ein Chaos zu verhindern.

Während der Besetzung ersetzte die deutsche Besatzungsverwaltung gut ein Drittel der Bürgermeister durch niederländische Gesinnungsgenossen. Diese waren größtenteils Mitglied der von Anton Mussert geführten Nationalsozialistischen Bewegung (NSB). Diese Minderheit unter den Bürgermeistern regierte allerdings mehr als die Hälfte der Bevölkerung.⁸ Der Grund hierfür lag darin, dass für die Besatzer die Nazifizierung der größeren und wichtigeren Orte Priorität besaß. Die Redensart vom „Bürgermeister in Kriegszeiten“ bezieht sich ausschließlich auf diejenigen, die vor dem Krieg ernannt worden und im Amt geblieben waren. Diese Vorkriegsbürgermeister gingen davon aus, dass sie die Bevölkerung durch ihre Politik schützen und die Besatzer in ihrem Streben, den Niederlanden ihre sogenannte „neue Ordnung“ aufzuerlegen, abbremsen könnten.

Durch die lokal ausgerichtete Orientierung der Untersuchung *Burgemeesters in Oorlogstijd* sollte das Wissen über die Wirkung der fremden Besatzung auf die einheimische Gesellschaft und auf das breite Spektrum an Aktionen und Reaktionen, die bisher nur aus einer einseitig nationalen niederländischen

⁵ W. DERKSEN/M.L. VAN DER SANDE, *De burgemeester, van magistraat tot modern bestuurder*, Deventer 1984.

⁶ Zum Untergang der kommunalen Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Deutschland siehe: H. MATZERATH, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, Stuttgart 1970.

⁷ J.H. SIKKES, ... *In geval van een vijandelijken inval: ambtelijk gedrag in bezettingstijd en de daarvoor geldende aanwijzingen*, Deventer 1985.

⁸ J. IN 'T VELD, *De Gemeenten*, in: J.J. VAN BOLHUIS u.a. (Hrsg.), *Onderdrukking en verzet. Nederland in oorlogstijd*, Vol. IV, Arnheim 1954, S. 453 f.

Perspektive betrachtet worden sind, erweitert werden.⁹ Es ging hierbei nicht nur um die Interaktion zwischen der deutschen und der niederländischen Verwaltung, für die sich die Politikhistoriker bislang am meisten interessiert haben. Vielmehr sollte auch das Aufeinanderprallen des nationalsozialistischen Staats und der einheimischen Gesellschaft, wobei deutsche und niederländische Nationalsozialisten Hitlers „neue Ordnung“ auch in den Niederlanden durch eine politische Revolution verwirklichen wollten, analysiert werden. Hierzu galt es zu untersuchen, wie die Politik des „kleineren Übels“ in der täglichen Praxis des sozialen Lebens Gestalt angenommen hat.

Es ist unbestreitbar, dass Krieg und Besetzung zu einer starken Ausweitung der staatlichen Einmischung in das gesellschaftliche Leben und das Schicksal der einzelnen Bürger geführt haben. Die Gemeinden wurden dabei schnell zu einem Instrument der Besatzungspolitik, und die Bürgermeister waren an vorderster Front verantwortlich für deren Ausführung. Die Menschen mussten zunehmend mit Zwangsmaßnahmen leben, und diese wurden ihnen zu einem großen Teil durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen auferlegt: Verteilung von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, Evakuierungen und erzwungener Umzug, Registrierung der Bevölkerung und die damit verbundene Segregation verfolgter Gruppen, Polizeiarbeit im Dienst der Besatzer und der Aufruf zur Zwangsarbeit. Andererseits konnten manche Bürgermeister und Beamte Formen des Schutzes sowie Hilfestellung beim Untertauchen bieten. Über die Rathäuser erstreckten sich Netzwerke für das Fälschen von offiziellen Dokumenten, die Sabotage der Zwangsarbeit und die Unterstützung von Personen, die untertauchen mussten. Auch wurden besonders Bürgermeister als Vermittler zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung angesprochen. In der Praxis war ja nur ein Bürgermeister befugt und imstande, Kontakt zu einem Ortskommandanten oder dem Außenstellenleiter des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei aufzunehmen.

Einteilung der Besatzungszeit in Phasen

Für das Thema dieses Beitrags sind die politischen Wahrnehmungen und die strategischen Konzeptionen der niederländischen Obrigkeit von besonderem Interesse. Die Dynamik des Funktionierens der einheimischen Verwaltung unter der deutschen Besetzung lässt sich in einen chronologischen Zusammenhang einfügen. Es sind drei Phasen zu unterscheiden. Wer als Bürgermeister alle drei Phasen durchlief, landete auf einer schiefen Ebene, bei der ein Weiterfunktionieren im Amt zu einem immer größeren Maß an Mitverantwortung für die Maßnahmen des Besatzungsregimes führte, eine Mitverantwortung, die schließlich politisch und moralisch untragbar wurde. Die erste Phase geht bis zum Sommer des Jahres 1941, als die Besatzer das Staatsrecht änderten und die demokratische und magistrale Gemeindeverwaltung aufhoben. Die Bürgermeister wurden alleine für die lokale Verwaltung

⁹ P. ROMIJN, *The Image of Collaboration in Post-War Dutch Society*, in: *Bulletin du Comité international d'histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, No 27/28 (1995), S. 311–324.

verantwortlich gemacht, die Gemeinderäte und die Beigeordneten wurden ihres Amtes enthoben und abgeschafft.¹⁰ Dies geschah vor dem Hintergrund einer Verschärfung der Besatzungspolitik.¹¹ Die deutschen Autoritäten hatten 1940 noch gedacht, die Niederländer für eine freiwillige Zusammenarbeit und eine Anpassung an Hitlers Ziele gewinnen zu können. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion lautete ihre Devise: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Die Niederlande mussten den Nationalsozialismus annehmen. Wer damit nicht konform gehen wollte, musste gehen und setzte sich der Verfolgung aus.

Die zweite Phase reicht vom Sommer 1941 bis zum Sommer des Jahres 1944. Die Besatzungsmacht führte in den Niederlanden mit Hilfe der niederländischen Nationalsozialisten die „neue Ordnung“ ein.¹² Es kam zu einer nationalsozialistischen Diktatur, die das gesellschaftliche Leben zunehmend beherrschte und mehrere Ziele verfolgte: die Nutzbarmachung der niederländischen Wirtschaft für die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Diskriminierung, Verfolgung und Deportation des jüdischen Teils der Bevölkerung und die Etablierung eines Polizeistaates, um jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken. Die niederländische Verwaltung wurde für die Verwirklichung dieser Ziele auf allen möglichen Ebenen eingeschaltet. Häufig blieben Verwaltungsbeamte aufgrund der inzwischen bekannten Überlegung, hierdurch „Schlimmeres zu verhindern“, auf ihrem Posten. Aus Tagebüchern und Korrespondenzen wird deutlich, dass sie anfänglich das größte Übel in einer Machtübernahme durch die Nationalsozialistische Bewegung sahen. In ihren Augen waren die NSB-Mitglieder per definitionem dumm, schlecht, und gefährlich, und solchen Leuten wollten sie die Bevölkerung nicht ausliefern. Gleichzeitig wurden auch Nicht-Nationalsozialisten völlig in die Ausführung der deutschen Maßnahmen einbezogen und konnten keineswegs „Schlimmeres“ verhindern.

Die dritte Phase betraf eine lange währende Auflösung und Krise der Verwaltung. Sie setzte im Sommer 1944 mit dem Durchbruch der Alliierten in der Normandie und der Erwartung einer baldigen Befreiung der Niederlande ein. Die Bevölkerung war immer weniger geneigt, den Besatzern zu gehorchen, und immer mehr Beamte und Bürgermeister folgten ihr in dieser Haltung oder beteiligten sich an Aktivitäten des Widerstandes. Die deutschen Autoritäten waren nur noch an der militärischen Verteidigung des Dritten Reiches und nicht mehr an einem politischen Sieg interessiert. Sie forderten in großem Maßstab Arbeitskräfte an und verhängten den Ausnahmezustand,

¹⁰ *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete, Jahr 1941: Verordnung 152 vom 11. Aug. 1941, Achte Verordnung des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete über besondere verwaltungsrechtliche Maßnahmen.*

¹¹ K. KWIET, *Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung*, Stuttgart 1968; G. HIRSCHFELD, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart 1984.

¹² Eine allgemeine Geschichte der Besatzungszeit in den Niederlanden findet sich in: L. DE JONG, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, 14 Bände, Den Haag 1969–1994; zahlreiche Studien mit lokalem Bezug finden sich in der Bibliographie von: ROMIJN (wie Anm. 4).

wodurch die Repressionen noch einmal stark eskalierten. Jeder, der im Verdacht stand, für den Widerstand zu arbeiten, konnte noch am Ort der Verhaftung erschossen werden. Als die Befreiung der Niederlande – im Herbst 1944 zunächst im Süden und im Frühjahr 1945 dann auch in den anderen Landesteilen – ein Fakt war, war die gesellschaftliche Zerrüttung groß. Die öffentliche Verwaltung musste auf allen Gebieten bei der Wiederinstandsetzung und beim Wiederaufbau eine Führungsrolle übernehmen. Gleichzeitig erklang der Ruf nach einer gründlichen Säuberung, im Zuge derer alle Beamten, die mit dem Feind zusammengearbeitet hatten, aus ihrem Amt entfernt werden sollten.¹³

Frederiks und die Politik des „kleineren Übels“

Bei der Diskussion über die Strategie der Verwaltungsbeamten aus der Vorkriegszeit, die während der Besetzung im Amt blieben, muss der Name K.J. Frederiks genannt werden, Staatssekretär des Innenministeriums.¹⁴ Kurz vor der Kapitulation der niederländischen Streitkräfte am 14. Mai 1940 zog sich die niederländische Regierung ins Londoner Exil zurück. Sie hatte gerade noch den Staatssekretären als höchsten Beamten in den verschiedenen Ministerien den Auftrag gegeben, in Vertretung die Führung des Verwaltungsapparates zu übernehmen. Sie sollten unter dem neuen Besatzungsregime im Amt bleiben, so lange dies primär im Interesse der Bevölkerung sei. Aufgrund dieses Auftrages erklärten sich die niederländischen Spitzenbeamten bereit, ihre Arbeit unter der Macht des Hitlerschen Stellvertreters in den besetzten niederländischen Gebieten, des Reichskommissars Arthur Seyß-Inquart, fortzusetzen. Dieser stand an der Spitze einer Zivilregierung, die formal als Aufsichtsverwaltung galt, tatsächlich aber den niederländischen Verwaltungsapparat zunehmend kontrollierte und lenkte.¹⁵ Die Hauptziele kamen nach und nach ans Licht: Nazifizierung der niederländischen Gesellschaft, Integration des niederländischen Produktionspotentials in die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Anwendung der nationalsozialistischen Rassengesetze und Deportation der Juden aus den Niederlanden sowie Bekämpfung jeglichen Widerstandes. Unausgesprochen blieb die langfristige Perspektive: Integration der Niederlande in das Dritte Reich.¹⁶

Frederiks trat an, um die provinziellen und lokalen Behörden zu leiten. Er nahm konsequent den Standpunkt ein, dass die Zusammenarbeit mit den Besatzern notwendig sei, um als niederländische Gesellschaft überleben zu können. Aus seiner Perspektive war der existierende Verwaltungsapparat so

¹³ P. ROMIJN, *Snel, streng en rechtvaardig. De bestraffing van 'foute' Nederlanders 1945–1955*, Amsterdam 2002, Kapitel 4 u. 5.

¹⁴ P. ROMIJN, *Frederiks 'Op de bres'. Een ambtelijke apologie*, in: *Oorlogsdocumentatie '40–'45*, in: *Jaarboek van het Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie* 10 (1999), S. 140–164.

¹⁵ P. ROMIJN, *Reichskommissariat Niederlande oder Gau Westland?*, in: J. BÄHR/R. BANKEN (Hrsg.), *Das Europa des „Dritten Reichs“. Recht, Wirtschaft, Besatzung*, Frankfurt am Main 2005.

¹⁶ HIRSCHFELD (wie Anm. 11), S. 22 ff.

sehr in der Gesellschaft verwurzelt, dass er sich hervorragend als Puffer zwischen den Besitzern und der Bevölkerung eignete. Hierfür verlangte er von allen Niederländern Verständnis und Gehorsam. Die Kriegsumstände hatten auch bei anderen niederländischen Verwaltungsbeamten zu dieser Haltung geführt, die man als „paternalistischen Schutzreflex“ bezeichnen kann.¹⁷ Hinzu kommt noch, dass die lokalen Autoritäten ihr Verhalten im Mai-Krieg mit der Schlussfolgerung verbanden, dass das Heer vielleicht den Krieg verloren haben mochte, dass aber sie, die Bürgermeister und ihre Beamten, auf ihren Posten geblieben waren und bewiesen hatten, dass sie der Bevölkerung gegen die Kriegsgefahr Schutz bieten konnten. Sie hatten Verantwortung für so komplexe Dinge wie Luftschutz, Lebensmittelverteilung, Massenevakuierungen und Katastrophenschutz übernommen. Nun standen sie bereit, um beim Wiederaufbau und bei der Rückgewinnung der nationalen Selbstachtung eine Führungsrolle zu übernehmen. Unter den neuen Umständen, so machte auch Frederiks deutlich, konnten die niederländischen Verwaltungsbeamten den Weg weisen.

Frederiks vornehmste Sorge galt einer Abwendung der Machtübernahme durch die niederländischen Nationalsozialisten. Daher sollten die Beamten so lange wie möglich auf ihrem Platz bleiben, auch wenn dies zum Akzeptieren von Maßnahmen führte, die ihnen grundsätzlich zuwiderliefen. Bereits im Herbst 1940 bedeutete dies, dass die niederländischen Verwaltungsbeamten das Berufsverbot für jüdische Beamte akzeptierten. Darauf folgten die Registrierung, Diskriminierung und Segregation der jüdischen Bevölkerungsgruppe und die Aufhebung der demokratisch gewählten Verwaltungsorgane. Dies alles sollte, so Frederiks, als das „kleinere Übel“ angesehen werden. Im Laufe der Besatzung zeigte sich allerdings, dass die Nazifizierung der Politik ein größeres Übel war als die des Personals. Für die Besatzungsmacht war es in vielerlei Hinsicht komfortabler, wenn repressive Maßnahmen durch „eigene“, einheimische Autoritäten von oben nach unten durchgeführt wurden, wodurch sie den Anschein von Legitimität erlangen konnten.¹⁸

Frederiks nahm dies nicht besonders schwer, was mit dem apolitischen Charakter seines Amtes zu tun hatte. Vor dem Krieg war seine Position als Staatssekretär an der Spitze des Ministeriums in erster Linie technokratischer und nicht politischer Natur gewesen. Er fühlte sich nun zwar als Minister, besaß jedoch nicht die dazugehörige politische Einstellung und Erfahrung. Frederiks betrachtete die außerordentlich komplizierten Probleme der Besatzungszeit zunächst als Fragen der Kompetenz. Daher entschied er sich immer wieder für eine Technik der „zurückweichenden Kompetenz.“¹⁹ Wenn ihn das Reichskommissariat unter Druck setzte, Maßnahmen zu akzeptieren, die seiner Meinung nach eigentlich in Widerspruch zur niederländischen Rechtsordnung standen, dann schlug er vor, der Reichskommissar solle eine Verordnung erlassen, die das niederländische Recht in diesem Falle zur Seite schob. Dann war klar, dass er, Frederiks, formal keine Verantwortung trug.

¹⁷ ROMIJN (wie Anm. 4), S. 669–670.

¹⁸ Vgl. die Analyse von Cornelis J. Lammers: C.J. LAMMERS, *Vreemde overheersing. Bezetten en bezetting in sociologisch perspectief*, Amsterdam 2005.

¹⁹ ROMIJN (wie Anm. 4), S. 672.

Indem er so argumentierte, konnte Frederiks im Amt bleiben, während er fundamentale Verletzungen des Völkerrechts akzeptierte. Dies galt beispielsweise für die Maßnahmen, die im September 1941 die Bewegungsfreiheit der Juden in den Niederlanden gravierend einschränkten und sie dem Rechtsschutz des niederländischen Staates entzogen.²⁰ Von jenem Moment an stand diese Bevölkerungsgruppe unter der direkten und ausschließlichen Kontrolle der deutschen Sicherheitspolizei. Im Hinblick auf die antijüdischen Maßnahmen waren Frederiks' Überlegungen recht simpel: Seiner Ansicht nach waren die Nationalsozialisten auf die Judenverfolgung so versessen, dass sie alles tun würden, um sie durchzuführen – Widerstand der Verwaltung konnte seiner Meinung nach dagegen nichts ausrichten. Deshalb blieb einem nichts anderes übrig als dies hinzunehmen, um zu versuchen, den Rest der Bevölkerung nach Möglichkeit noch zu schützen. Den mit dieser Akzeptanz verbundenen moralischen Bankrott versuchte er abzuwenden, indem er mit der Genehmigung des Reichskommissars einige Hundert prominente Juden der schärfsten Verfolgung entzog. Am Ende funktionierte dieser Schutz ebenso wenig wie die Politik, die ihm zugrunde lag.

Anfangs ließ sich die Bevölkerung aus einer Haltung der Anpassung und des Abwartens von der Verwaltung führen. Je rigorosere jedoch die Besatzungspolitik wurde, desto weniger ging dieses Konzept auf. Die große landesweite Streikbewegung im April und Mai 1943 zeigte, dass immer mehr Menschen von den Verwaltungsbeamten forderten, dass sie sich widersetzen. Frederiks geriet in eine isolierte Position und beklagte sich, einen Vier-Fronten-Krieg führen zu müssen: gegen die deutschen Autoritäten, gegen die NSB, gegen die Regierung in London und gegen den Widerstand.²¹ Angesichts eines solchen Fazits ist es nicht verwunderlich, dass er nach der Befreiung seines Amtes enthoben wurde.²²

Drei Bürgermeister

Wie nahm die Politik „des kleineren Übels“ konkret Gestalt an? Auch stellt sich die Frage, auf welche strategischen Konzeptionen sich die niederländischen Verwaltungsbeamten aus der Vorkriegszeit stützten, um der Konfrontation mit dem nationalsozialistischen Besatzungsregime standzuhalten. Obwohl es fast unmöglich ist, sollte bei der Beschäftigung mit diesem Thema unser heutiges Wissen und „die Klugheit im Nachhinein“ so weit wie möglich ausgeklammert werden. Ein Ausgangspunkt besteht somit in der Einsicht, dass die Stimmung 1940 ganz anders war als 1944 und dass sich ein Urteil 1941 möglicherweise auf ganz andere Erwägungen stützte als im Jahr 1943. Darüber hinaus gilt es im Auge zu behalten, wie viele Variationen des

²⁰ *Verordnung 138 vom 25. Juli 1941*; K.P. BERKLEY, *Overzicht van het ontstaan, de werkzaamheden en het streven van den Joodschen Raad voor Amsterdam*, Amsterdam, 1945, S. 36.

²¹ K.J. FREDERIKS, *Op de bres 1940–1944. Overzicht van werkzaamheden aan het departement van Binnenlandsche Zaken gedurende de oorlogsjaren*, Den Haag 1945, S. 15–24.

²² Über das Säuberungsverfahren: ROMIJN (wie Anm. 13), S. 131–140.

Denkens und Handelns bei den einzelnen Verwaltungsbeamten tatsächlich zu unterscheiden waren. Traditionsgemäß hat die niederländische Geschichtsschreibung einen nationalen, finalistischen Standpunkt zu Krieg und Besatzung entwickelt, nach dem die Nation als Ganzes sich mit einer Kraftprobe konfrontiert sah, die Kollaboration letztendlich von der großen Mehrheit abgelehnt wurde und moralisch oder patriotisch inspirierter Widerstand zur absoluten Norm wurde.²³ Im Buch *Burgemeesters in Oorlogstijd* wird versucht zu zeigen, wie die niederländischen Verwaltungsbeamten fortwährend ihr Verhältnis zur Bevölkerung im Auge behielten. Sie taten dies mit Blick auf die Legitimation ihrer Position und auf den Schaden, den diese Legitimation durch die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht erleiden konnte.

Die täglichen Entscheidungen waren viel komplizierter als durch die traditionelle Betrachtungsweise der Kollaboration und des Widerstands suggeriert wird. Dies kann am Beispiel dreier Bürgermeister illustriert werden, die in der Besatzungszeit Gesinnungsgenossen waren. Es handelt sich um drei calvinistische Verwaltungsbeamte, die die christdemokratische, sogenannte „antirevolutionäre“ Richtung vertraten, die seinerzeit mit der „Grundstimmung des niederländischen Nationalcharakters“ und mit Widerstand aus Überzeugung gleichgesetzt wurde. Am stärksten wurde diese sprichwörtliche Unbeugsamkeit von Jan Bruins Slot verkörpert, der das Amt des Bürgermeisters von Adorp in der Provinz Groningen innehatte.²⁴ Er glaubte ganz und gar nicht an das Konzept der Akzeptanz und des kleineren Übels und entschied schon früh in der Besatzungszeit – als die Besatzer die Bürgermeister für die Ausübung von Zwang und Unterdrückung einschalteten –, seine Kündigung einzureichen. Als im November 1941 eine Gruppe von Bürgern ihn bat, doch im Amt zu bleiben, damit nicht ein niederländischer Nazi an seiner Stelle ernannt würde, weigerte er sich resolut. Er entgegnete, sie selbst müssten sich aus Prinzip gegen die Besatzungsmacht auflehnen und dürften nicht abwarten, ob ihnen ein Bürgermeister noch irgendeinen Schutz bieten könnte. Für ihn war klar, wie sich die Dinge entwickeln würden: Die Behörden würden in zunehmendem Maße für Unterdrückung und Verfolgung eingesetzt werden.²⁵ Er schickte ein Kündigungsschreiben ans Innenministerium in Den Haag, tauchte unter und leitete die einflussreiche Widerstandszeitung *Trouw*.

Ein guter Bekannter und Glaubensgenosse von Bruins Slot war der Bürgermeister Joost Boot von Wisch und Terborg in Gelderland.²⁶ Er gehörte jedoch zu jenen, die dafür eintraten, so lange wie möglich im Amt zu bleiben, um die Bevölkerung dadurch zu schützen, dass man der Besatzungsmacht und den niederländischen Nationalsozialisten Steine in den Weg legte. Boot wählte eine persönliche Herangehensweise, bei der er ständig die Rollen wechselte. Mal nahm er gegenüber den Besatzern eine prinzipielle Haltung ein, mal zeigte er sich pragmatisch. Er versuchte, die niederländischen Natio-

²³ P.B.M. BLAAS, *Nederlandse geschiedschrijving na 1945*, in: W.W. MIJNHARDT (Hrsg.), *Kantelend geschiedbeeld. Nederlandse historiografie sinds 1945*, Utrecht/Antwerpen 1983, S. 10 ff.

²⁴ J.A.H.J.S. BRUINS SLOT, ... *En ik was gelukkig*, Baarn 1972.

²⁵ ROMIJN (wie Anm. 4), S. 664.

²⁶ J. J.G. BOOT, *Burgemeester in bezettingstijd*, Apeldoorn 1967.

nalsozialisten gegen die deutschen Autoritäten auszuspielen und unterstützte gleichzeitig Widerstandsaktivitäten, sofern sie dem Schutz der Bevölkerung galten. Boot war jedoch ein großer Gegner einer in seinen Augen zu weit gehenden Radikalität. Als Bruins Slot 1943 in *Trouw* die Bürgermeister und Beamten, die in ihren Ämtern geblieben waren, wegen der Zusammenarbeit mit den gottlosen Besatzern grundsätzlich und scharf kritisierte, war Boot wütend. Im kleinen Kreis warf er seinem ehemaligen Kollegen verantwortungsloses Verhalten vor.²⁷ Er denke nicht daran, sein Amt ohne weiteres aufzugeben. Er könne sein „Spiel“ noch eine ganz Weile fortsetzen, da er Bürgermeister einer für die Besatzer nicht sonderlich wichtigen Landgemeinde sei. Dort gab es einen starken sozialen Zusammenhalt und soziale Kontrolle, weswegen die Menschen wussten, wie sie einander einzuschätzen hatten. Letzten Endes musste Boot jedoch untertauchen, als die deutschen Behörden im September 1944 forderten, dass er Bürger für den Bau von Befestigungsanlagen für die Wehrmacht einteilen sollte.

Der Dritte in der Reihe calvinistischer Bürgermeister war Piet Colijn, der Bürgermeister der Provinzstadt Alphen aan den Rijn in der Provinz Süd-Holland. Er war ein Bruder des großartigen ehemaligen Ministerpräsidenten Hendrik Colijn, jedoch weniger tatkräftig als dieser. Viele waren der Ansicht, er verdanke die Ernennung in Alphen ausschließlich seinen familiären Beziehungen. Darüber hinaus war er Vorsitzender des Vereins antirevolutionärer/calvinistischer Bürgermeister, und als solcher hätte er ein Meinungsführer sein können und müssen. In der Realität fehlte es ihm jedoch an Engagement. Alles deutet darauf hin, dass er sich vor allem von der Angst leiten ließ, den Besatzer gegen sich aufzubringen und seine Stelle zu verlieren. Er stellte sich auf den von vielen Kollegen geteilten Standpunkt, dass eine Machtübernahme durch die NSB verhindert werden müsse und er deshalb besser im Amt bleiben und sich anpassen sollte. Er gab jedoch nach, als sich 1943 einer seiner Beamten weigerte, zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt zu werden.²⁸ Colijn machte ihm klar, dass seine Weigerung die Position des Bürgermeisters in Gefahr bringe. Er ermahnte ihn, sich zu melden und schickte inzwischen die Unterlagen an die zuständigen Instanzen. Dies war symptomatisch für die Haltung dieses Mannes, wie übrigens auch für andere Bürgermeister, die sich in erster Linie von ihren eigenen Sorgen und Ängsten lenken ließen. Bruins Slot verschwendete kein Wort über Colijn persönlich, Boot jedoch, der ein angeheirateter Verwandter war, äußerte in seinen Tagebuchaufzeichnungen gemischte Gefühle.²⁹

Die NSB – das größere Übel?

Das größte Übel war in den Augen von Verwaltungsbeamten wie Frederiks eine Machtübernahme durch die niederländischen Nationalsozialisten. Woher kamen diese Angst und diese Aversion? Der Ursprung lag vor allen Dingen

²⁷ BOOT (wie Anm. 26), S. 239; ROMIJN (wie Anm. 4), S. 469.

²⁸ Vgl. C.A. BOS in einem Vortrag beim NIOD am 11. Mai 2006.

²⁹ BOOT (wie Anm. 26), S. 199 und 275.

in der Krise vor dem Krieg, als die NSB als Protestpartei gegen die sozialen Missstände eine vorübergehende Blütezeit erlebt hatte und anschließend in immer radikaleres Fahrwasser geraten war. Deshalb hatten die althergebrachten Eliten einen „Cordon sanitaire“, einen gesellschaftlichen Bann, um sie verhängt. Nationalsozialisten wurden politisch und sozial ausgegrenzt, man verwehrte ihnen die Teilnahme am kirchlichen Leben und belegte Beamte und Militärangehörige mit Berufsverboten. In den Maitagen des Jahres 1940 entstand eine „Fünfte-Kolonne“-Psychose.³⁰ NSB-Mitglieder wurden allorts als Verräter betrachtet, die die eigentliche Schuld an der schnellen Kapitulation der niederländischen Armee trugen. Obwohl dies nur in Ausnahmefällen zutraf, waren die NSB-Mitglieder von da an in den Augen ihrer Landsleute nicht länger Bürger mit einer abweichenden politischen Meinung, sondern Menschen mit einer kriminellen Neigung, die man als Profiteure verachtete und als machthungrig fürchtete. Wenn diese Menschen an die Macht kämen, so argumentierten die tonangebenden Vertreter aus Politik und Verwaltung, dann würde die Regierung definitiv untergraben werden. Mit den deutschen Behörden, so glaubten sie, ließe sich noch vernünftig reden, aber mit der NSB wäre das sicher nicht der Fall.³¹

Das Reichskommissariat in Den Haag hatte 1940 und 1941 noch keine große Eile, amtierende niederländische Verwaltungsbeamte auszutauschen. Seyß-Inquart hoffte, in der ersten Phase der Besatzung mehr erreichen zu können, wenn er sie im Amt ließ und fühlte vor, inwiefern sie bereit waren, die Ziele der Besatzungsbehörden zu übernehmen. Er entließ Verwaltungsbeamte nur, wenn dazu in konkreten Fällen ein Anlass bestand und ersetzte nicht einmal alle von ihnen durch niederländische Nationalsozialisten. Erst nach dem Einfall in die Sowjetunion verlangte Seyß-Inquart von den Niederländern, dass sie, für oder gegen das „Dritte Reich“, Farbe bekennen sollten. Erst jetzt verlieh er der NSB größeren Einfluss. Im Dezember 1941 wurde sie die einzig erlaubte politische Gruppierung, und ihr Parteiführer Anton Mussert erhielt den, wenn auch leeren Titel, „Führer des niederländischen Volkes.“ Die deutsche Obrigkeit gab ganz genau vor, wie viel Raum der NSB zustand: Musserts Bewegung war „für die Nazifizierung der Niederlande unentbehrlich, und deshalb deutscherseits anerkannt.“³²

Insgesamt tauschte das Reichskommissariat gut ein Drittel der amtierenden Bürgermeister sowie zahlreiche andere Beamte in hohen und niedrigen Positionen durch Mitglieder der NSB aus. Dabei ging man strategisch vor: Als erstes kamen die wichtigsten Städte, wie Provinzhauptstädte, Hafenstädte und Städte mit vielen jüdischen Einwohnern, an die Reihe.³³ Manchmal wurde

³⁰ L. DE JONG, *De Duitse vijfde colonne in de Tweede Wereldoorlog*, 2. Auflage, Den Haag 1977.

³¹ ROMIJN (wie Anm. 4), S. 198 ff.

³² *Erster Bericht des Reichskommissars über die Lage und die Entwicklung in den besetzten Niederlanden*, 29. Mai – 19. Juli 1940, in: VAN BOLHUIS (Hrsg.), *Onderdrukking en Verzet*, Bd. 4, S. 335.

³³ P. ROMIJN, *Die Nazifizierung der lokalen Verwaltung in den besetzten Niederlanden als Instrument bürokratischer Kontrolle*, in: W. BENZ u.a. (Hrsg.), *Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa*, Berlin 1988, S. 93–120.

der amtierende Bürgermeister zwar schnell entlassen, aber die Neuernennung blieb ziemlich lange in der Schwebe, weil es Kandidaten aus verschiedenen Flügeln der Bewegung gab, und weil auch diverse deutsche Machtzentren unterschiedliche Kandidaten unterstützten. Ein Beispiel hierfür ist die Besetzung des Bürgermeisterpostens im Regierungszentrum Den Haag.

Viele neuernannte Kandidaten brannten ehrgeizig darauf, in ihrem Amt der „neuen Ordnung“ Gestalt zu verleihen. Sie mussten sich jedoch vor allem auf symbolische Handlungen und Propaganda für den Nationalsozialismus beschränken. Wegen des Krieges fehlten die Mittel für großangelegte Bauvorhaben oder soziale Programme, mit denen die „neue Ordnung“ sich vielleicht größeres Ansehen hätte erwerben können. NSB-Bürgermeister sahen sich mit einer gleichgültigen oder feindseligen Bevölkerung konfrontiert, die die Legitimität ihrer Ernennung nicht akzeptieren wollte. Einige machten sich lächerlich, waren verhasst oder gefürchtet, und viele büßten im Laufe der Besetzungszeit ihre Tatkraft ein. Dennoch waren längst nicht alle NSB-Bürgermeister Profiteure oder kriminelle Sadisten, und im Allgemeinen unterschieden sie sich in ihrem sozialen Profil und ihrer Ausbildung nicht sehr von den vor dem Krieg ernannten Bürgermeistern. Fast alle teilten jedoch die frustrierende Erfahrung, in erster Linie als die ausführende Hand des feindlichen Besatzungsregimes gesehen zu werden.

Bei der Befreiung der Niederlande wurden alle von den Besatzern eingesetzten Bürgermeister entlassen. Einige Hundert schon vor dem Krieg ernannte Bürgermeister, die bei der Befreiung noch im Amt waren, wurden bis zum Abschluss einer genaueren disziplinarischen Untersuchung ihrer Amtsausübung in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die Nationalsozialisten wurden bis zu ihrer Aburteilung interniert. Die Mitgliedschaft in der NSB an sich galt nach dem damaligen Strafrecht als „Unterstützung des Feindes“, und das Amt, das sie bekleidet hatten, füllte diese Unterstützung mit konkretem Inhalt. Die politische Säuberung der örtlichen Behörden in der Nachkriegszeit war ein äußerst problematischer Prozess, der in diversen Orten noch Jahre später zu heftigen Kontroversen führen konnte. Dabei ging es nicht so sehr um die Beurteilung der NSB-Anhänger, als vielmehr um die Bürgermeister aus der Vorkriegszeit, die unter der Besatzung im Amt geblieben waren.³⁴

Säuberung und „Bildformung“

Die Frage der Säuberung bringt uns zurück zur Entstehung eines bestimmten Bildes von den Bürgermeistern zu Kriegszeiten. Diese „Bildformung“ begann 1944 und 1945, als man die Bürgermeister durch die „Säuberungsbrille“ betrachtete. Es liegt auf der Hand, dass in den ersten Monaten nach der Befreiung die Stimmung gegenüber jeglicher Art von Kollaboration mit den Besatzern sehr kritisch war. Die Erinnerung war noch frisch und mit starken Emotionen verbunden. In dieser Atmosphäre veröffentlichten verschiedene Bürgermeister, die für ihren Patriotismus und für die Unterstützung des Wi-

³⁴ Romijn (wie Anm. 13), S. 151 ff.

derstands bekannt waren, ihre Kriegserinnerungen. Sie wollten ein Gegengewicht zur herrschenden Stimmung schaffen, indem sie zeigten, wie schwierig ihre Position gewesen war. Bürgermeister wie ter Pelkwijk aus Utrecht oder Bleeker aus Dordrecht taten dies, um Kollegen zu unterstützen, die sich in Erwartung einer Säuberungsuntersuchung im einstweiligen Ruhestand befanden.³⁵ Später folgten meinungsprägende Veröffentlichungen des Gorkumer Bürgermeisters van Rappard und des schon erwähnten Bürgermeisters Boot.³⁶ Sie alle baten um Verständnis für die unmögliche Position, in der sie selbst und ihre Kollegen sich befunden hatten wie auch für die Entscheidungen, die sie getroffen hatten. Nach einer kurzfristigen Säuberungswut entschieden sie die Diskussion für sich – zumindest vorläufig.

Denn Schritt für Schritt veränderte sich in der niederländischen Öffentlichkeit das vorherrschende Bild von der Besatzungszeit und damit auch die Beurteilung des Auftretens der niederländischen Beamten. Anfang der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erhielt die Geschichtsschreibung, unter anderem durch eine Fernsehdokumentationsreihe über die deutsche Besatzung unter der Leitung von Loe de Jong, neue Impulse.³⁷ De Jong scheute sich nicht, auch Nicht-Nationalsozialisten an den Pranger zu stellen, wenn sie seiner Ansicht nach in der Zusammenarbeit mit den Besatzern zu weit gegangen waren. Die katastrophale Judenverfolgung in den Niederlanden geriet vor allem durch die Werke von Jacob Presser und die Prozesse gegen die Verfolger, unter anderem gegen Adolf Eichmann, in Jerusalem, ins Zentrum der Aufmerksamkeit.³⁸ Die Mittäterschaft der eigenen Behörden wurde zu einem wesentlichen Thema in der Historiographie der Judenverfolgung und der Besatzungsgeschichte, und sie ist es bis heute. Dies gab der öffentlichen Ablehnung der Rolle des Bürgermeisters in Kriegszeiten als Archetyp des Beamten, der laviert, sich fügt und unterordnet, um im Amt zu bleiben, neue Impulse.

Anstelle der bekannten, apologetischen oder legitimierenden Konnotation erhielt die Metapher vom „Bürgermeister in Kriegszeiten“ den Charakter einer Anklage wegen Prinzipienlosigkeit, Laxheit, Charakterschwäche und Angst um eine gute Arbeitsstelle. So kippte das Image. Was in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende als ein ehrenvoller Versuch zur Verteidigung der Gesellschaft gegen einen Angriff von außen dargestellt worden war, wurde nun als Mitverantwortlichkeit für Unterdrückung, Verfolgung und Mord interpretiert. Anfänglich hatten allein die niederländischen Nationalsozialisten

³⁵ J. BLEEKER, *De buffer*, Dordrecht 1946; A. KLEYN, *Herinneringen van een dorpsburgemeester*, Alphen aan den Rijn 1945; G.A.W. TER PELKWIJK, *Utrecht in de eerste jaren van de bezetting*, Utrecht 1951.

³⁶ BOOT (wie Anm. 26); L.J.R. RIDDER VAN RAPPARD, *Hoe was het ook weer. Burgemeester voor, tijdens en direct na de bezetting van het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Meppel 1979.

³⁷ L. DE JONG, *De bezetting: tekst en beeldmateriaal van de uitzendingen van de Nederlandse Televisie-Stichting over het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog, 1940–1945*, Amsterdam 1966.

³⁸ J. PRESSER, *Ondergang: de vervolging en verdelging van het Nederlandse Jodendom, 1940–1945*, Den Haag 1965.

als Verkörperung des Bösen gegolten. In den gesellschaftskritischen sechziger und siebziger Jahren jedoch wurde ein erheblicher Teil der Verantwortung für die nationalsozialistische Verfolgung den eigenen Behörden aufgebürdet. Der belgische Politikwissenschaftler Luc Huyse hat einmal gesagt, dass die Niederlande an regelmäßig wiederkehrenden Anfällen von Besatzungsfieber litten, die sich in Form von Affären um Personen mit einer kontroversen Kriegsvergangenheit äußerten.³⁹ In diese Reihe gehörten auch die Bürgermeister, die auf ihrem Posten geblieben waren. Derartige Affären verbanden immer die Fehler des Individuums mit dem kollektiven Versagen und weckten das Bedürfnis, eine offensichtlich unzureichende Säuberung noch einmal zu wiederholen.

In den letzten Jahren zeigt sich eine bemerkenswerte, unerwartete Tendenz, und zwar die der Heroisierung. In einer niederländischen Zeitung fand sich ein Foto des New Yorker Bürgermeisters Rudolf Giuliani, das ihn in den ersten Tagen nach dem 11. September 2001 zeigt; die Bildunterschrift lautet „Bürgermeister zu Kriegszeiten.“⁴⁰ Ferner ist dieser Ausdruck vor einigen Jahren in einem Bericht über kolumbianische Dorfbürgermeister, die versuchten, ihre Gemeinden gegen den Strom des Drogenkriegs in der Gesellschaft sauber und sicher zu halten, zu finden.⁴¹ Auf einmal lässt die Redewendung offenbar auch eine Erhebung zum Helden zu – aber, obwohl der Ausdruck aus der Besatzungszeit stammt, hat diese positive Neubewertung mit dem Zweiten Weltkrieg natürlich nichts zu tun.

Welche Erkenntnisse ergeben sich aus dieser Untersuchung der Geschichte und der „Bildformung“? Erstens: Die Redewendung „wie ein Bürgermeister zu Kriegszeiten“ erklärt nichts und ruft widersprüchliche Assoziationen hervor, die von anklagend bis apologetisch und sogar heroisierend gehen. Zweitens: Die Konnotation ist stets eng damit verbunden gewesen, wie die Niederlande sich an die Besatzungszeit erinnerten und wie diese diskutiert wurde. Drittens: Die Redewendung verstellt den Blick auf die Dynamik der Besatzungszeit und auf die äußerst komplexen Überlegungen, mit der verwaltungsmäßige und politische Entscheidungen seinerzeit untermauert wurden. Sollte diese Metapher also abgeschafft werden? Dies erscheint grundsätzlich als ein sinnloses Unterfangen. Es ist allerdings zu hoffen, dass die Redewendung für Menschen in verantwortungsvollen Positionen in der öffentlichen Verwaltung eine Handhabe bietet, sich selbst gegebenenfalls die Frage zu stellen, wo sie stehen und warum sie eine elementare Entscheidung treffen. Das kleinere Übel wird mit Sicherheit größere Probleme nach sich ziehen.

³⁹ L. HUYSE/S. DHONDT/P. DEPUYDT u.a., *Onverwerkt verleden: collaboratie en repressie in België 1942–1952*, Leuven 1991, S. 9.

⁴⁰ *Burgemeester in Oorlogstijd*, in: *Utrechts Nieuwsblad*, 18. Sept. 2001.

⁴¹ E. KOOPMAN, *Burgemeester in oorlogstijd*, in: *Trouw*, 9. Aug. 2002.